



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2015/2016;  
hier: Wohnraumförderung – Mehr Mittel für gutes bezahlbares  
Wohnen im Freistaat  
(Kap. 03 64 Tit. 863 69 und 863 68)**

Der Landtag wolle beschließen:

In Kap. 03 64 werden die Ausgabemittel für die Neubewilligung bei der Wohnraumförderung im Tit. 863 69 in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils um 30.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden im selben Titel für beide Haushaltsjahre jeweils von 153.683,0 Tsd. Euro um 16.317,0 Tsd. Euro auf 170.000,0 Tsd. Euro angehoben.

Zusätzlich werden im Tit. 863 68 die Ausgabemittel für die Förderung des Studentenwohnraumbaus in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 jeweils um 1.200,0 Tsd. Euro erhöht.

Zudem werden die Verpflichtungsermächtigungen im selben Titel für jedes Haushaltsjahr von 19.500,0 Tsd. Euro um 3.800,0 Tsd. Euro auf 23.300,0 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Durchstarten beim Wohnungsbau, so lautete die Agenda 2014 von Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann. Doch von den angestrebten 70.000 neu gebauten Wohnungen jährlich ist man noch weit entfernt. Dabei steigen nicht nur die Baukosten kontinuierlich an, auch der Bedarf an preiswertem Wohnraum, insbesondere in Ballungsgebieten, ist noch lange nicht gedeckt. Insbesondere für einkommensschwache und hilfsbedürftige Menschen wird es in Gebieten mit erhöhter Wohnungsnachfrage immer schwieriger bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dass ausgerechnet im von der Staatsregierung ausgerufenen Jahr des Wohnungsbau die Landesmittel zur Wohnraumförderung nun wieder um über 50 Mio. Euro drastisch gekürzt werden sollen, untergräbt das Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum im Freistaat zu erhöhen.

Auch die Wohnungssituation in den bayerischen Hochschulstädten ist weiterhin angespannt, nachdem die Staatsregierung beim Ausbau seiner Hochschulen u.E. eine nötige soziale Flankierung jahrelang sträflich vernachlässigt hatte. Schon jetzt platzen die Studentenwohnheime aus allen Nähten. Auch in den nächsten Jahren ist von einem weiteren Anstieg der Studierendenzahlen in Bayern auszugehen. Insbesondere einkommensschwache Studierende sind darauf angewiesen, dass an den Studienorten auch ein bezahlbares Wohnungsangebot zur Verfügung steht.